

Nachhaltigkeit - eine Frage der Gerechtigkeit

Eine evangelische Relektüre des Ökumenischen Sozialworts (2003) nach 20 Jahren

Gremium	Generalsynode der Evangelischen Kirche A.u.H.B. in Österreich
Funktionsperiode	XV. Generalsynode
Session	7. Session
Beschlussdatum	9. Dezember 2023, Eisenstadt
ABl. Nr.	6/2024

Allgemeines

Der bewegende, mehrjährige Prozess des Ökumenischen Sozialworts (2000 bis 2003) ist nicht zu Ende. Er ist zwei Jahrzehnte vorangeschritten, und er durchzieht wie ein roter Faden die Sorge und Verantwortung der Kirchen für diese Gesellschaft. In konkreten Handlungsfeldern und in vielfältiger Weise haben seither die Kirchen sorgsam, aber auch in forderndem Diskurs ihre Stimme erhoben. Neue Themen und Dimensionen sind verstärkt in den Blick gerückt worden und bestimmen eine Vielzahl bereits benannter Hauptaspekte des Sozialworts.

So bekräftigt die Evangelische Kirche A.u.H.B. mit dieser aktuellen Positionierung alle Grundsätze des wegweisenden Papiers, das auf Gerechtigkeit, sozialen Frieden und achtsamen Umgang miteinander und mit der Schöpfung ausgerichtet ist. Wenn im letzten Punkt „Vom Sozialwort zu sozialen Taten“ der Beitrag der Kirchen im sozialen Auftrag auch als Einladung verstanden wird, so ist dieser Weg beschritten. Er fordert uns – insbesondere auch vor dem Hintergrund des sozial-ökologischen Wandels – in geistlicher Praxis, diakonischem Engagement und sozialem Miteinander in Ökumene und interreligiösem Dialog sowie in der säkularen Gesellschaft auch weiter heraus.

Leitperspektive

Im Besonderen liegt der Generalsynode der Evangelischen Kirche A.u.H.B. in der Relektüre des einstigen Sozialworts der dringliche Bereich der Schöpfungsverantwortung und Klimagerechtigkeit am Herzen. Er setzt einen umfassenden Rahmen über alle Teilaspekte des Sozialworts. Bereits das „Jahr der Schöpfung“ (2022) hat die Verantwortung für Umwelt und Klimaschutz betont. In einem Grundsatzpapier wurden theologische Leitlinien gelegt, die auch eine Umkehr für all unser Tun bedeuten und handlungspraktisch Konse-

quenzen für die gemeinsame Zukunft in unserer Kirche auf allen Ebenen und in der Gesellschaft erforderlich machen. (<https://kirchenrecht.at/kabl/52341.pdf>)

Somit streicht die Evangelische Kirche A.u.H.B. ihre soziale Verantwortung, noch stärker als 2003, im Hinblick auf den Schöpfungsglauben und die Nachhaltigkeit heraus, da diese zu allen vorgebrachten Themenfeldern immer mehr zur Querschnittsmaterie wurde. Schöpfungsglaube in der Klimakrise bedeutet, die Welt als Gottes Schöpfung zu begreifen, in der wir Menschen ein Teil von ihr sind und Gott das Gute und die Gerechtigkeit für alle Geschöpfe will. (*These 1 des Grundsatzpapiers*)

Konkretion

Als Anwendung für unser Tun und Lassen halten wir als Evangelische Kirche A.u.H.B. daher fest:

- Wir wollen uns stärker bewusst machen, dass unser Lebensstil für andere Menschen und die Schöpfung hohe Belastungen verursacht, und wir wollen nachhaltiger leben. (*Kapitel 1 – Bildung - Orientierung und Beteiligung*)
- Wir wollen Menschen unterstützen, die von den Folgen der Klimakrise betroffen sind – vor Ort bei uns und in jenen Ländern, deren Ausbeutung unseren Lebensstil finanziert. Wir wollen unser demokratisches Mitspracherecht als Bürgerinnen und Bürger und Wählerinnen und Wähler für den Klimaschutz nutzen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diejenigen, die nicht gehört werden, berücksichtigt werden. Wir wollen öffentlich darauf hinweisen, dass die Klimakrise Migrationsbewegungen auslösen wird und bereits auslöst. Für die Geflüchteten und Vertriebenen sind die lebensnotwendigen Leistungen bereitzustellen. Wir wollen uns auch dafür einsetzen, dass Transitregionen der Klimamigration unterstützt werden. (*Kapitel 7 – Gerechtigkeit weltweit; Kapitel 8 – Nachhaltigkeit – Verantwortung in der Schöpfung*)
- Wir wollen darauf hinweisen, dass alle Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Erreichung von Klimaneutralität auf ihre sozialen Wirkungen bzw. ihre Verteilungswirkung überprüft und dass negative Auswirkungen auf Menschen mit wenig Einkommen und Vermögen mit sozialstaatlichen Mitteln ausgeglichen werden sollen. Wir wollen uns darum bemühen, dass die Kosten für den Klimaschutz sozial gerecht verteilt werden. Wir wollen Betroffene vor Ort unterstützen und uns für strukturelle Maßnahmen einsetzen. (*Kapitel 5 Arbeit – Wirtschaft – Soziale Sicherheit; Kapitel 6 Frieden in Gerechtigkeit*)